

«Zeitenwende für die (Schweizer) Verteidigungspolitik?!»

Fazitbericht I 12. FSS Security Talk vom 7. November 2022, Hotel Schweizerhof, Bern

Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat den Westen nicht nur überrascht, sondern mit einem Schlag klargemacht, dass der Krieg nach Europa zurückgekehrt ist. Neben den gravierenden wirtschaftlichen Folgen für Europa und die ganze Welt offenbart der Krieg in der Ukraine auch grosse Mängel in der Verteidigungsfähigkeit Europas und der Schweiz. Welche Auswirkungen hat die russische Invasion in der Ukraine also auf die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik? Was bedeutet sie für die NATO und was für Nicht-NATO-Länder in Europa wie die neutrale Schweiz?

Diese und weitere Fragen diskutierten beim 12. FSS Security Talk in Bern namhafte Expertinnen und Experten wie Jörg Vollmer (General a.D., Bundeswehr), Mme. Claude-France Arnould (Beraterin am IFRI, ehemalige Botschafterin und Geschäftsführerin der Europäischen Verteidigungsagentur), Korpskommandant Thomas Süssli (Chef der Schweizer Armee), Ständerat Werner Salzmann (Präsident SIK-S), Hans-Peter Kellerhals (Divisionär a.D., stv. Chefredaktor ASMZ) und Prof. Dr. Holger Mey (Vice President Advanced Concepts, Airbus Defence and Space). Die Referate und die anschliessende angelegte Paneldiskussion zeigten auf, dass es mit der Verteidigungsfähigkeit Europas und der Schweiz momentan schlecht bestellt ist und es Jahre brauchen wird, um diese wieder auf einen zufriedenstellenden Stand zu bringen.

«Europäische NATO-Staaten müssen wieder über einsatzfähige Streitkräfte verfügen - etwas, was sie in den letzten 20 Jahren vernachlässigt haben»

Den Einstieg in die Referatsrunde machte General a.D. Jörg Vollmer. Als ehemaliger Befehlshaber des NATO Allied Joint Force Command Brunssum in den Niederlanden und ehemaliger Inspekteur des Heeres der deutschen Bundeswehr ist er einer der besten Kenner der aktuellen Herausforderungen für Deutschland und die europäischen NATO-Staaten.

Einleitend bemerkte General a.D. Vollmer, er habe in seiner 44-jährigen Dienstzeit drei Paradigma-Wechsel miterlebt: Der erste Paradigma-Wechsel war der Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989. Dieser fand vor dem Hintergrund einer voll einsatzfähigen NATO von 16 Mitgliedstaaten statt. Es folgten die deutsche Wiedervereinigung im Jahr 1990, die Auflösung der Sowjetunion im Jahr 1991 und eine Zunahme an Auslandeinsätzen der NATO-Staaten, beginnend mit Ex-Jugoslawien.

Der zweite Paradigma-Wechsel folgte nach den Anschlägen vom 11. September 2001 mit dem Beginn des «War on Terror». Der Fokus sei danach zwanzig Jahre lang auf «out of Area»-Einsätzen von NATO-Verbänden, insbesondere in Afghanistan, und nicht mehr auf der Bündnisverteidigung gelegen. Es wurden in allen europäischen Staaten die Streitkräfte abgebaut und man sprach von einer Friedensdividende, die man jetzt geniessen könne. Beim NATO-Gipfel in Prag im Jahr 2002 wurde die neue Doktrin der «out of Area»-Einsätze bei immer weniger Truppen im eigenen Land gutgeheissen. Damit einher ging die Auflösung der beiden europäischen NATO-Hauptquartiere in Neapel (Italien) und Brunssum (Niederlande) und deren Umbenennung. Die Konsequenz: nur noch begrenzt einsatzfähige Streitkräfte der europäischen NATO-Staaten zur Verteidigung des eigenen Landes und der Bündnispartner in Europa.

Den osteuropäischen Staaten, darunter Lettland, Litauen, Estland und Polen, welche diese neue Politik beklagten und auf deren Gefahren hinwiesen, habe man nicht zugehört, bemängelte General a.D.

Vollmer. Immerhin sei bei den NATO-Gipfeln 2014 in Wales und 2016 in Warschau der Entscheid getroffen worden, dass einzelne NATO-Staaten, darunter die USA, das Vereinigte Königreich, Kanada und Deutschland, eine gewisse Bündnisverantwortung für die Verteidigung der baltischen Staaten und Polens übernehmen, z.B. Deutschland für Litauen. Bemerkenswert war dabei aus Sicht von General a.D. Vollmer, dass sich Kanada nach langer Zeit wieder für NATO-Belange in Europa einsetzte.



Die letzte «Zeitenwende» erfolgte schliesslich ab dem 24. Februar 2022 und dem russischen Einmarsch in der Ukraine. Der NATO sei dadurch bewusst geworden, so General a.D. Vollmer, dass die «Out of Area»-Einsätze nicht mehr der Schwerpunkt sind und dem Zustand, dass die Streitkräfte in den einzelnen europäischen NATO-Staaten und im Bündnis als Ganzes nur bedingt einsetzbar sind, ein Ende gesetzt werden müsse. Beim NATO-Gipfel in Madrid im Juni 2022 sind diesbezüglich weitreichende Beschlüsse gefällt worden, welche nun umzusetzen seien. Zum einen werde es wieder drei regionale NATO-Hauptquartiere mit jeweils klaren regionalen Verantwortlichkeiten geben: in Neapel («South»), Brunssum («Northeast») und Norfolk im US-Bundestaat Virginia. Die einzelnen NATO-Länder müssten zudem genau festgelegte Truppenkontingente zur Verteidigung ihres Landes und des Bündnisses stellen, und zwar verbindlich, nicht mehr nur auf freiwilliger Basis, wie dies bei den «Out of Area»-Einsätzen der Fall gewesen sei. Das «New Force Model», das in Madrid verabschiedet wurde, sehe entsprechend vor, innerhalb von 10, 30 bzw. 180 Tagen eine voll einsatzbereite NATO-Streitmacht in Europa bereitzustellen. Dieser stünden dann 40'000 (innert 10 Tagen) bzw. bis zu 300'000 (abgestuft in 10, 30 und 180 Tagen) Truppenangehörige aus den verschiedenen NATO-Staaten zur Verfügung. Jeder Quadratmeter NATO-Boden solle durch alle NATO-Staaten gemeinsam verteidigt werden, betonte General a.D. Vollmer: «Kein Gegner soll in ein NATO-Land einmarschieren können, ohne auf entschiedene Gegenwehr zu stossen».

Deutschland habe den NATO-Partnern in Madrid bereits mitgeteilt, dass es die Streitkräfte stellen werde, welche in diesem neuen Modell auf es entfallen, führte General a.D. Vollmer weiter aus. Die anderen europäischen NATO-Staaten müssten nun nachziehen. Auch diese bräuchten wieder voll einsatzfähige Streitkräfte zur Verteidigung ihres Territoriums und dem ihrer Bündnispartner, hielt General a.D. Vollmer mit Nachdruck fest. Er erinnerte daran, dass der deutsche Bundestag ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro beschlossen habe, um die Bundeswehr zu modernisieren, sowie den Aufwuchs des jährlichen Anteils der Verteidigungsausgaben auf 2% des Bruttoinlandsprodukts. Ein besonderes Augenmerk müsse aber auch dem Schutz kritischer Infrastrukturen gelten. Es habe ja schon Sabotageakte bei der Deutschen Bahn und Angriffe im Cyberraum gegeben. Ebenso müsse hohe Aufmerksamkeit auf den Schutz der Hafeninfrastrukturen gelegt werden, welche zunehmend in ausländische, auch chinesische Hände gelangten. Diese würden benötigt, wenn man im Kriegsfall rasch Truppen auf dem Seeweg an den Ort verlegen wolle, an dem ein Angriff droht bzw. bereits stattfindet. General a.D. Vollmer forderte, dass alle europäischen Mitgliedstaaten im Rahmen der NATO mehr tun müssten, um sich selbst und ihre Bündnispartner zu schützen. Die Unterstützung der Amerikaner sei unverzichtbar, aber es brauche ein «burden sharing», stellte er klar. Schliesslich sollte der Schutz der eigenen Heimat jedem Land am Herzen liegen.

Putin habe seine Ziele in der Ukraine bisher nicht erreicht, bemerkte General a.D. Vollmer abschliessend. Im Gegenteil: Europa bzw. die NATO seien dem Krieg bisher in grosser Einigkeit begegnet. Eine der Folgen des Kriegs sei zudem, dass Schweden und Finnland nun der NATO beitreten werden, zwei Länder mit modern ausgerüsteten Streitkräften. Die Ostsee werde dadurch zum «Mare nostrum» der NATO.

Das Fazit: Die europäischen NATO- Staaten müssen künftig wieder über voll einsatzfähige Streitkräfte verfügen, auch in kürzester Zeit, für den Schutz von sich selbst und ihrer Bündnispartner. Dies wird aber noch viel Zeit, Geld und Einsatz von allen abverlangen, können doch zwanzig Jahre Abbau der Truppen, der Verteidigungsausgaben und der Kampfbereitschaft nicht über Nacht umgekehrt werden. Beim NATO-Gipfel in Madrid im Juni 2022 wurden die richtigen Beschlüsse gefasst, nun müssen Taten folgen.

«Die Verteidigungsanstrengungen auf nationaler, europäischer und NATO-Ebene sind stark komplementär»

Als zweite Referentin ergriff Madame Claude-France Arnould, Beraterin am IFRI und ehemalige Geschäftsführerin der europäischen Verteidigungsagentur, das Wort. Sie sprach französisch und machte in ihrem Votum auch gleich klar, dass sie in ihren Ausführungen eine betont französische Sichtweise vertreten würde. Dabei nehme sie jedoch nicht unbedingt die offizielle Position der französischen Regierung ein, sondern äussere vielmehr ihre persönliche Meinung.

Mme. Arnould erinnerte als Erstes daran, dass die Verteidigungsbereitschaft («l'adhésion à la défense») in Frankreich traditionell einen hohen Stellenwert genießt, sowohl in der öffentlichen Meinung als auch in der Politik. Diese positive Einstellung zur Verteidigung habe sich aber überall in Europa seit Beginn des Ukraine-Kriegs am 24. Februar 2022 verstärkt, wie sie betonte. Die beiden Weltkriege im 20. Jahrhundert hätten Frankreich zudem gelehrt, dass es in Verteidigungsfragen wichtig sei, selbst stark zu sein, eine kohärente Planung mit seinen Verbündeten zu haben und auf eigenen Füßen zu stehen. Darum habe Frankreich unter Präsident Charles de Gaulle auch eine eigene Nuklearstreitkraft, die «force de frappe», aufgebaut und diese bis heute im Zentrum der eigenen Verteidigungspolitik

beibehalten. Aus dem gleichen Grund sei es für Frankreich so wichtig gewesen, selbst als NATO-Mitglied über Entscheidungsautonomie («autonomie d' action») zu verfügen. Frankreich sei bestrebt, ein verlässlicher Verbündeter zu sein. Aber man müsse auch auf Fälle vorbereitet sein, in denen das Atlantische Bündnis nicht eingreift, sei es in Afrika, insbesondere im Zusammenhang mit der Terrorismusbekämpfung, oder im Zusammenhang mit den Interessen der französischen Territorien im Pazifik, in Asien und Amerika, sowie zum Schutz der eigenen Mitbürger in akuten Krisen, in denen militärische Mittel erforderlich sind oder auch in Fällen, in denen in der NATO kein Konsens zur Auslösung von Artikel 5 erzielt werden kann. In solchen Situationen müsse man in der Lage sein, im europäischen Rahmen, in einer Koalition oder notfalls auch allein zu handeln.

Mme Arnould betonte, dass die französische Zivilgesellschaft Frankreichs Engagement in Verteidigungsfragen auf nationaler Ebene und im Rahmen der Europäischen Union sowie der NATO unterstütze. Es gehe darum, dass die europäischen Länder im Rahmen einer europäischen Verteidigungspolitik ihre Handlungsfähigkeit und -freiheit erhöhen, unabhängig davon, ob es sich um Operationen, die Rüstung oder die strategische Kultur handle. Leider sei sie in der Vergangenheit mit solchen Forderungen wiederholt auf Vorbehalte gestossen, insbesondere mit der Begründung, dass solche Vorhaben zu einer Schwächung der NATO führen würden. Als sie bei der europäischen Verteidigungsagentur war, habe speziell das Vereinigte Königreich diese Position vertreten, wo hingegen das Pentagon die Bereitschaft zeigte, die europäischen Bemühungen zu unterstützen, beispielsweise bei der Frage der Luftbetankung. Aber auch heute gebe es immer noch Vorbehalte gegenüber der europäischen Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich, namentlich bei den Rüstungsprogrammen. Zu den erschwerenden Faktoren gehörten zum Beispiel bürokratische Schutzreflexe, alte Gewohnheiten des Kaufs von der Stange, die amerikanische Überzeugungskraft und vor allem auch kurzfristig divergierende industrielle Interessen. Dennoch habe es auch einige Erfolge und entscheidende Fortschritte gegeben, welche durch den Ukraine-Krieg zusätzlich beschleunigt wurden. Beispiele seien die Waffenlieferungen an die Ukraine (2,5 Mrd. €) oder die gemeinsame Finanzierung und Beschaffung von Rüstungsprogrammen



©Daniel Saxer (iOf App, Defence & Security News)

Mme Arnould erläuterte weiter, dass auch die Zusammenarbeit zwischen der NATO und der EU ihrer Ansicht nach notwendig sei: Es gehe weniger um das Aushandeln von Erklärungen mit politischer Tragweite - davon gebe es viele, aber sie seien aufgrund der türkischen Vorbehalte mühsam zu erarbeiten - als vielmehr um die konkrete Umsetzung der Zusammenarbeit, sowohl im Einsatz als auch bei den Fähigkeiten. In dieser Hinsicht könne man sich gemäss ihrer Erfahrung auf die NATO-Kommandos SHAPE (Supreme Headquarters Allied Powers Europe) und SACT (Supreme Allied Command Transformation) verlassen. So sei es das SHAPE gewesen, welches für die EU das politisch zunächst ungelöste Problem der Sicherung der Teams und der Fahrzeuge der in Afghanistan eingesetzten europäischen Polizeikräfte löste. Auch die wiederkehrende Zusammenarbeit zwischen dem SACT und der EDA (European Defence Agency) sei fruchtbar gewesen. In Anlehnung an die Ausführungen von General (a.D.) Vollmer zur neuen Eingreiftruppe stellte sie fest, dass der auf dem NATO-Gipfel in Madrid gefasste Beschluss in der Tat erhebliche und nachhaltige Umsetzungsanstrengungen mit sich bringe.

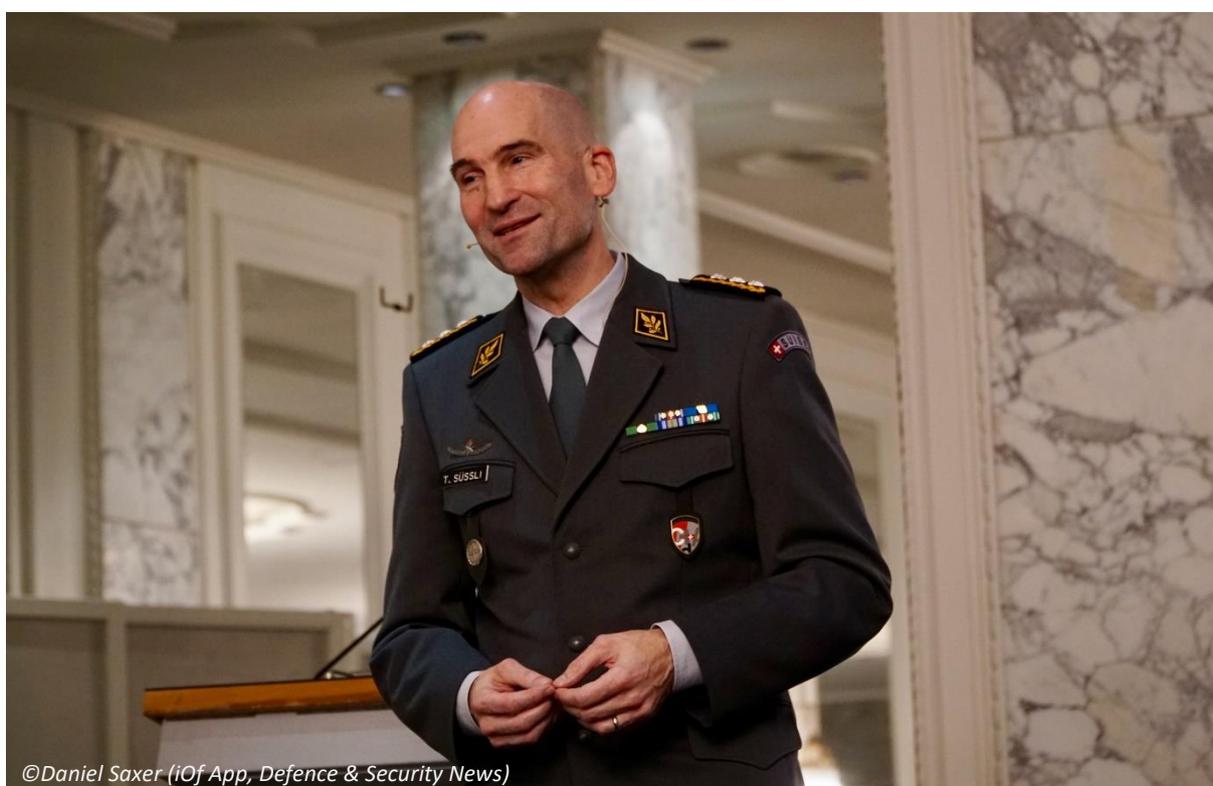
Abschliessend sprach Mme Arnould über die deutsch-französische Zusammenarbeit. Um diese sei es zurzeit nicht zum Besten bestellt, wie die jüngsten Nachrichten gezeigt hätten. Die Rede von Bundeskanzler Scholz in Prag habe in Frankreich und anderen südlichen EU-Ländern Besorgnis ausgelöst, da sie den Eindruck erweckt habe, nur an die nördlichen und östlichen Nachbarn Deutschlands gerichtet zu sein. Hinzu kämen Meinungsverschiedenheiten in Energiefragen und eine fehlende Abstimmung in weiteren wichtigen Fragen, wie z. B. der Beziehung zu China. Dass Deutschland, unter dem Schock des Krieges in der Ukraine, nun seinen Anteil an den Verteidigungsanstrengungen voll erfüllen wolle, sei hingegen eine sehr gute Sache. Die Investitionsankündigungen, sei es das Sonderpaket von 100 Milliarden Euro oder die Absicht, den Verteidigungshaushalt auf 2 % des BIP anzuheben, seien geeignete Mittel, Europa insgesamt mit einer sehr starken Verteidigungskapazität auszustatten. Was in Frankreich und anderswo jedoch Anlass zur Sorge geben könnte, seien die Modalitäten dieses Kapazitätsaufbaus Deutschlands zur grössten konventionellen Militärmacht Europas. Die Frage stelle sich, ob es zu einem «Alleingang», sprich dem massiven Kauf von Rüstungsgütern außerhalb Europas, komme oder ob die europäische Zusammenarbeit gestärkt werde, wodurch die Entwicklung einer starken europäischen Verteidigungsindustrie und der - weitgehend dualen - Technologien von morgen ermöglicht würde.

«Der Aufwuchs hat schon begonnen!»

Als dritter Redner kam Korpskommandant Thomas Süssli, Chef der Schweizer Armee, zu Wort. Bevor er im Detail auf die aktuelle schweizerische Verteidigungspolitik einging, nahm KKdt Süssli Bezug auf den Begriff «Zeitenwandel». Aus Sicht des Chefs der Armee leben wir seit Ausbruch des Ukraine-Krieges in einer «Welt 4.0»: Die «Welt 1.0» war die Welt der Kolonialmächte und endete mit dem Zweiten Weltkrieg. Darauf folgte die «Welt 2.0», die Zeit des Kalten Krieges und des Konflikts zwischen dem kommunistischen und dem westlichen System. Nach dem Fall der Berliner Mauer kam die «Welt 3.0», eine Zeit des Friedens in Europa, in der man dachte, dass das westliche liberale System den ganzen Globus umspannen würde. Mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine habe nun jedoch die «Welt 4.0» begonnen, so der Chef der Armee. Diese sei wieder durch den Konflikt zweier Blöcke und zweier Wertesysteme gekennzeichnet: der Block der Länder, welche die westliche regelbasierte Sicherheitsordnung ablehnen, gegen den Block der Länder, welche diese Ordnung verkörpern. Am kürzlichen Gipfeltreffen der Shanghai Cooperation Organization in Usbekistan, an dem neben China und Russland auch Pakistan und Indien sowie die zentralasiatischen Länder teilnahmen, sei diesbezüglich eine klare

Botschaft vermittelt worden: «Man akzeptiert die regelbasierte Ordnung des Westens nicht und die autokratischen Staaten suchen auch einen Platz in der Welt».

Anschliessend ging KKdt Süssli auf die Frage ein, was all dies für die Schweizer Armee bedeutet: Einerseits komme auf die Schweizer Armee eine neue Art der hybriden Konfliktführung zu. Der Begriff «hybrid» umfasse nicht nur nicht-militärische Operationen im Cyber- und Informationsraum, erklärte der Chef der Armee. Hybride Konflikte begännen diffus und asymmetrisch mit politischen, wirtschaftlichen und terroristischen Massnahmen und reichten bis in den bewaffneten Konflikt hinein. Die Bedrohung, die von solchen bewaffneten Konflikten ausgeht, verstehe die Schweizer Armee als militärisches Potenzial multipliziert mit der Absicht des Gegners. Das militärische Potenzial könne die Armee sehr gut beobachten, die Absicht könne sich hingegen sehr schnell ändern. Die Armee müsse sich am militärischen Potenzial ausrichten, erläuterte KKdt Süssli.



©Daniel Saxer (iOf App, Defence & Security News)

Der Chef der Armee führte weiter aus, dass die Armee im Bericht zur Erneuerung der Bodentruppen vier Merkmale von Konflikten in den 2030-Jahren umrissen habe: Erstens werde der Gegner so lange wie möglich versuchen, auf Distanz zu wirken und mittels Operationen im Cyber- und Informationsraum unerkant oder zumindest abstreitbar zu bleiben. Zweitens werde der Gegner nicht primär gegen die Stärken der Schweiz, die Armee, kämpfen, sondern gegen ihre Schwächen: die kritische Infrastruktur, aber auch ihre offene, demokratische Gesellschaft. Drittens werde ein Gegner in allen Operationsfeldern gleichzeitig agieren: im Weltall, im Cyber-, Informations- und Luftraum, wobei schlussendlich Konflikte, wenn nötig weiterhin am Boden ausgetragen würden. Und viertens, wenn Konflikte am Boden stattfinden würden, dann im städtischen, bebauten Raum.

Basierend auf dieser Bedrohungslage erläuterte KKdt Süssli anschliessend, wie die Armee weiterentwickelt werden soll. Er rief in Erinnerung, dass die Armee von heute immer noch das Produkt der Armee 21 sei, mit welcher sie auf den reinen Kompetenzerhalt reduziert werden sollte. Die Armee wurde dabei von 400'000 auf 200'000 Armeeeingehörige (plus 80'000 in der Reserve) verkleinert. Der Chef

der Armee stellte fest, dass es der Schweizer Milizarmee gelungen sei, das «Savoir faire» zu erhalten. Es fehle jedoch heute am «Pouvoir faire». Die geringe Durchhaltefähigkeit der Armee, die er schon mehrfach angesprochen habe, habe vier Gründe: Der erste sei die Armee 21 und die damit verbundenen Sparrunden, in denen das Armeebudget wiederholt gekürzt wurde. Der zweite Grund liege in der betriebswirtschaftlich ausgerichteten Logistik, die mit der Armeebotschaft 21 einherging. Das Armeematerial sei heute zentralisiert in fünf Bevorratungszentren gelagert. Gleichzeitig habe die Schweizer Armee die Kriegslogistik verlernt, d.h. wie das Material von den Bevorratungszentren zur kämpfenden Truppe gebracht wird. Der dritte Grund sei die Bevorratung: Man habe heute nur Munition für die Ausbildung und etwas mehr. Der vierte Grund liege schliesslich bei der Luftwaffe: Mit 40 Kampfflugzeugen verfüge die Armee nur über eine Durchhaltefähigkeit von einem Monat bei erhöhten Spannungen und eine «genügende Anfangsfähigkeit» bei bewaffneten Konflikten.

Die Botschaft ist aus Sicht des Chefs der Armee daher klar: Es geht nun darum, über die Zeit die Verteidigungsfähigkeit der Schweizer Armee wieder aufzubauen. In der Botschaft zur Armee 21 habe es geheissen, dass es zehn Jahre des Aufwuchses brauchen werde, wenn sich die Sicherheitslage in Europa ändere. Der Aufwuchs beginne aber erst heute und werde daher einige Zeit benötigen, gestand KKdt Süssli ein. Kurzfristig habe die Armee das Programm AURORA lanciert, um die Verteidigungsfähigkeit zu erhöhen. Dort gehe es unter anderem eben um die Kriegslogistik und die Bevorratung, aber auch um den Schutz vor Sabotage. Die langfristige Entwicklung könne hingegen in den drei Konzepten «Luftverteidigung der Zukunft», «Zukunft der Bodentruppen» und «Gesamtkonzeption Cyber» nachgelesen werden. Die Armee habe ein sehr klares Bild, wie die Armee 2030 aussehen werde, betonte KKdt Süssli: Erstens würden die Beschaffungen der F-35-Kampfflugzeuge und des Patriot-Luftverteidigungssystems den Aufbau einer «Integrated Air Defence» erfordern. Zweitens wisse die Armee, dass am Boden im Schweizer Gelände die Zeiten der grossen mechanisierten Verbände vorbei seien. Die Zukunft seien mobile, modulare Verbände, wahrscheinlich in Bataillonsgrösse plus und gestützt auf Radfahrzeuge. Aber auch der Kampfpanzer werde immer noch eine Rolle spielen. Drittens gehe es darum eine einheitliche Plattform zu schaffen, um die Logistik zu vereinfachen und die Kosten tief zu halten.

Eine besondere Herausforderung sei jedoch, so der Chef der Armee, dass in den nächsten 18 Jahren 24 Hauptsysteme altershalber zu ersetzen seien, welche zusammen 40 bis 50 Milliarden Franken kosten würden. Mit der Erhöhung des Armeebudgets auf 1% des BIP könne die Armee diesen Weg schneller gehen und rascher wieder ein konsistentes System haben. KKdt Süssli ergänzte, dass die Armee zudem darüber nachdenke, nicht mehr System für System neu zu beschaffen, sondern in Zukunft jeweils einen Drittel der Armee neu zu gestalten, und zwar vollumfänglich: von der Ausrüstung, über die Bewaffnung bis zur Logistik. So könne man früher die Verteidigungsfähigkeit wieder erlangen und die Miliz habe ein System, in dem sie die Verteidigungsfähigkeit trainieren könne. KKdt Süssli entliess das Publikum abschliessend mit der Botschaft: «Die Schweizer Armee hat ein klares Ziel und der Aufwuchs hat jetzt schon begonnen!».

Nach dem kräftigen Applaus des Publikums fragte der Moderator Fredy Müller, Geschäftsführer des FORUM SICHERHEIT SCHWEIZ, den Chef der Armee, ob der Aufwuchs der Schweizer Armee nicht auch dazu führe, dass die Armee für die junge Generation interessanter werde. KKdt Süssli betonte, die Armee sei jetzt schon interessant und attraktiv. Tatsächlich habe man für die Kampftruppen bereits mehr Bewerber als Plätze. Das Problem in Bezug auf die Alimentierung sei jedoch, dass zu viele Armeeingehörige nach der Rekrutenschule verloren gingen. Modernes Material spiele aber selbstverständlich eine Rolle, um die Armee (noch) attraktiver zu machen.

Erste Lehren aus dem Ukraine-Krieg

Nach den drei Referaten folgte eine hochkarätige Panel-Diskussion moderiert durch Fredy Müller, Geschäftsführer des FORUM SICHERHEIT SCHWEIZ. Neben General a.D. Jörg Vollmer und Claude-France Arnould nahmen Ständerat Werner Salzmann (SVP, BE) (Präsident der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerats (SiK-S)), Prof. Dr. Holger Mey (Vice President Advanced Concepts, Airbus Defence and Space) sowie Hans-Peter Kellerhals (alt-Divisionär und stellvertretender Chefredaktor der Militärschrift ASMZ) an der Panel-Diskussion teil.

Einleitend fragte der Moderator Prof. Dr. Mey, ob er die geschlossene europäische Reaktion auf den Überfall Russlands auf die Ukraine erwartet habe. Prof. Dr. Mey antwortete, er sei nicht extrem überrascht über den Ukraine-Krieg selbst, denn es sei spätestens 2014 klar gewesen, wie Vladimir Putin tickte. Er fände es daher auch erstaunlich, wie insbesondere in der Politik immer wieder gesagt worden sei und immer noch werde, dass man von Putin und Russland enttäuscht sei. «Ent-täuscht» könne man von Russland nur sein, wenn man sich zuerst habe täuschen lassen. Die Frage sei eigentlich, wie man sich über Russland täuschen könne: Im September 2001 habe Putin auch im Deutschen Bundestag stehende Ovationen für seine Rede erhalten, obwohl er zuvor in Grosny gezeigt habe, wie er Krieg führe. Überraschend sei daher eigentlich nur Europas Reaktion im Ukrainekrieg, so Prof. Dr. Mey. Europa habe tatsächlich relativ schnell zusammengefunden – sei es auch nur deshalb, weil schnell klar wurde, wie brenzlich die Situation war und dass sie nur mit raschem Handeln und im Verbund mit den USA in den Griff zu kriegen war. Insofern bleibe die Frage, wie es weitergeht, natürlich offen.

Prof. Dr. Mey betonte jedoch: «Es ist klar, dass die militärische Macht als bedeutender Faktor in den internationalen Beziehungen nie wirklich weg war und jetzt für jeden erkenntlich noch stärker wieder präsent ist». Es wäre ein grosser Fehler diese Rolle in Zukunft jemals wieder zu unterschätzen. Es gehe schliesslich nicht nur um Bedrohungen, sprich militärische Fähigkeiten multipliziert mit Absicht, sondern auch um Risiko-Wahrnehmung, wobei sich das Risiko aus der Eintrittswahrscheinlichkeit multipliziert mit der Schadensgrösse ergebe. Dementsprechende gehe es auch darum, die unwahrscheinlicheren Szenarien zu betrachten, wenn sie in den Auswirkungen gefährlich sein können.

Gefragt nach seiner Beurteilung des schnellen Eingreifens der NATO, meinte Hans-Peter Kellerhals, man müsse den Begriff der «Zeitenwende» ein paar Jahre nach vorne verschieben. Das, was man jetzt als Zeitenwende bezeichne, sei viel mehr der Weckruf gewesen. Denn die Abkommen, die in der Vergangenheit zwischen Russland, der Ukraine sowie Deutschland und Frankreich ausgehandelt wurden, seien nie eingehalten worden. Zum Beispiel seien die 13 Punkte für den Frieden in der Ostukraine, die im Rahmen des Minsker Gipfels 2015 verhandelt worden waren, nie umgesetzt worden. Man habe Russland auch nie konkret als Aggressor bezeichnet, sondern nur als kriegsführende Partei, was viel Interpretationsspielraum gelassen habe. Man habe also schon früh gewusst, dass einiges nicht richtig laufe. In der jetzigen Situation müsse man einfach dankbar sein, dass man in Europa rasche Wege gefunden hat, auf den Krieg zu reagieren und dass die USA ihre Informationen öffentlich geteilt haben. Dies habe dann auch in der Bevölkerung zur Einsicht geführt, dass die heutige Sicherheitslage eine ganz andere sei und man sich überlegen müsse, wie es weitergehen soll. Das sei auch für die Schweiz eine sehr spannende Frage, betonte Hans-Peter Kellerhals. Die Schweiz habe zwar das Glück von Freunden umzingelt zu sein und habe dementsprechend nicht die gleichen Problemstellungen wie die baltischen Staaten. Dennoch müsse man auch in der Schweiz vorwärtsmachen und die eigenen Verteidigungskonzepte überprüfen und handeln.

Auch Claude-France Arnould strich die Einheit und Stärke der europäischen Reaktion heraus. Es sei eine Reaktion mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gewesen. Die Sanktionen seien wichtig und man habe in der Thematik des Ausbaus der militärischen Bewaffnung in grosser Geschwindigkeit viele Etappen erreicht, welche früher fast schon als Tabu gegolten hätten. Es sei wahr, dass diese europäische Reaktion für viele überraschend kam, wahrscheinlich auch für Russland. Mme Arnould mutmasst sogar, dass die europäische Stärke, wäre sie berechenbarer, selbstbewusster und sichtbarer gewesen, durchaus auch eine abschreckende Rolle im Vorfeld des russischen Angriffes hätte spielen können.

Auf die Frage, was für ihn die unmittelbaren Lehren für die Schweiz aus dem Ukrainekrieg seien, betonte Ständerat Werner Salzmann, dass die Schweizer Armee über lange Zeit aufgrund des politischen Willens kaputtgespart worden sei. Jegliche Reformen seien immer wieder durch Sparpakete begleitet worden, was im Endeffekt dazu geführt habe, dass man eigentlich nicht einmal mehr die Armee 21 habe umsetzen können. Auch im letzten Zahlungsrahmen sei das Budget nochmals um etwa eine Milliarde Franken gekürzt worden. Die Lehre aus dem Ukrainekrieg sei dementsprechend, dass man die Prioritäten jetzt anders setzen müsse. Das Parlament habe kürzlich entschieden, dass das Militärbudget bis 2030 1% des BIP betragen soll. Nun seien der Bundesrat und die Finanzspezialisten gefragt, betonte Ständerat Salzmann: «Jetzt darf nicht mehr lamentiert werden, dass das Budget durch diverse andere Aufgaben gebunden ist. Wir müssen die Prioritäten anders setzen, das ist der Hauptauftrag, den die Führung unseres Landes hat.»



©Daniel Saxer (iOf App, Defence & Security News)

Fredy Müller nahm diesen Ball auf und sprach General a.D. Jörg Vollmer auf das Sondervermögen Bundeswehr in der Höhe von 100 Milliarden Euro und den Beschluss Deutschlands, künftig 2% des BIP pro Jahr in die eigenen Streitkräfte zu investieren, an. General a.D. Vollmer griff zunächst das Bonmot auf, dass Deutschland von Freunden umgeben sei. Das stimme zwar, aber er betonte: «Die genannten Freunde sind in Gefahr. Und dies sind mehr als nur Freunde, es sind Verbündete, für die wir Verpflichtungen eingegangen sind im Rahmen der NATO, aber auch der Europäischen Union. Also ist es doch auch in unserem Interesse diesen Freunden zu helfen». Es stelle sich nun die Frage, wie dieses Geld investiert werde. Deutschland müsse wieder einsatzbereite Streitkräfte bereitstellen. Dabei gehe es

nicht einfach um die Anzahl Panzer, Schiffe, Flugzeuge und anderer Güter, sondern darum, dass diese zusammenwirken können. Es gehe also nicht um das Zählen der einzelnen Komponenten, sondern darum, dass die Verbände von unten nach oben durchdekliniert und einsatzbereit seien, was momentan nicht der Fall sei. Die neun Korpsstäbe der NATO hätten momentan keine assoziierten Truppen mehr. Aber wenn man eine Verteidigung aufbauen wolle, müsse man eine entsprechende Planung durchführen und diese Pläne entsprechend mit Truppen und der gesamten dazugehörigen Logistik unterfüttern. Das müsse dann auch alles zertifiziert und geübt werden.

Insofern komme Deutschland aufgrund der Nähe zu den östlichen Bündnispartnern tatsächlich eine grosse Rolle zu, betonte General a.D. Vollmer. Es dürfe jedoch keine singuläre Aufgabe Deutschland sein, die Truppen wieder aufzubauen, sondern eine des gesamten Verteidigungsverbundes. Es gelte nun Kräfte und Fähigkeiten wieder aufzubauen und sie entsprechend in Planungen so umzusetzen, dass am Ende drei Botschaften gesendet werden können: einerseits an Russland, das die Verteidigungsbereitschaft sehen müsse, andererseits an die Bevölkerung an der Ostflanke, welche sich bedroht fühle, und schliesslich auch an die eigene Bevölkerung zuhause, welche diesen Aufbruch mit Steuergeldern finanziert. Auf Nachfrage von Fredy Müller, ob es in Frankreich eine gewisse Skepsis auslöse, dass Deutschland zur stärksten konventionellen Militärmacht in Europa wird, betonte Claude-France Arnould, dass es keine Skepsis gebe; es sei nicht an Frankreich, den erklärten Willen zur Umsetzung der deutschen Verpflichtungen anzuzweifeln. Vielmehr sei Deutschlands Vorhaben eine Chance für ganz Europa. Wichtig sei für die anderen Nationen aber, dass all dies in Zusammenarbeit geschehe und dadurch die gemeinsamen industriellen und technologischen Fähigkeiten und die Handlungsfreiheit gestärkt werden.

«Das eine tun, aber das andere nicht lassen»

Nach dieser Diskussion über die jüngere Vergangenheit lenkte Fredy Müller die Debatte zurück auf die Ausrichtung der NATO auf 20 Jahre Afghanistaneinsatz und fragte Prof. Dr. Holger Mey, wie es möglich war, die eigene Verteidigungsfähigkeit dermassen zu vernachlässigen. Prof. Dr. Mey betonte, aus seiner Sicht sei weniger entscheidend, ob eine konkrete Bedrohung auszumachen sei, sondern dass man ein Grundverständnis für die Rolle militärischer Macht in internationalen Beziehungen habe; denn das Militärische sei ein Instrument der Politik. Abkommen und die sogenannte regelbasierte internationale Ordnung hätten das gleiche Problem wie Versprechungen im Wahlkampf: Sie binden nicht den, der sie gibt, sondern den, der an sie glaubt. Wenn man Regeln habe, müsse man sich die Frage stellen, wie man mit Regelverletzungen umgeht. Dazu brauche es neben anderen Faktoren wiederum auch militärische Macht. Deshalb bedauere er die Ausrichtung der NATO auf Afghanistan sehr. Die Massnahmen, die jetzt beschlossen wurden, könnten die Folgen davon auch nicht so schnell wieder wettmachen. Prof. Dr. Mey betonte entsprechend: «Wir haben in den letzten 30 Jahren nicht Milliarden, sondern Billionen zu wenig für die eigenen Verteidigungsfähigkeit ausgegeben und das jetzt wieder aufzuholen wird schwierig». Zumal auch die Industrie Kapazitäten heruntergefahren habe, wie er ergänzte. Auch in diesem Zusammenhang wäre es wichtig, dass Europa gemeinschaftlich agieren würde.

Ausgehend vom gewaltigen finanziellen Nachholbedarf für alle Armeen in Europa, kam Fredy Müller auf den Sinn und Zweck der Schweizer Armee zu sprechen. Er wollte deshalb vom Sicherheitspolitiker Werner Salzman wissen, ob es denn wirklich die Aufgabe einer modernen Armee sein könne, für den Katastrophenschutz, Skirennen oder die Pandemie eingesetzt zu werden. Werner Salzman nahm diesen Punkt dankend auf: «Wir hatten das Motto: helfen, schützen, verteidigen. Wir müssen uns aber auf den schlimmsten Fall ausrichten und das ist der Verteidigungsfall». Dieser sei aber lange

vernachlässigt worden, entsprechend habe die Armee nach neuen Aufgaben gesucht und sogar ihr Sinn wurde hinterfragt. Man habe sich gar nicht vorstellen können, dass unberechenbare Machthaber die Absicht haben könnten, andere Staaten anzugreifen. Wenn man betrachte, welches militärische Potenzial Staaten wie Russland, aber auch China und die Türkei aufgebaut haben und wie Europa in dieser Zeit geschlafen habe, sei das sehr bedenklich. Werner Salzmann erinnerte entsprechend daran, dass die Schweiz eine Milizarmee mit einem Verteidigungsauftrag habe. Es sei wichtig, dass die Milizarmee im Volk verankert sei. Dafür müsse sie natürlich auch die genannten Aufgaben übernehmen. Entscheidend sei aus seiner Sicht: «Das eine tun, aber das andere nicht lassen und sich auf den Verteidigungsauftrag konzentrieren».

In einem kleinen Exkurs ging der Moderator anschliessend auf Russland ein, welches seine Ziele in der Ukraine verfehlt habe und offensichtlich geschwächt sei. Trotzdem könne man sich nun nicht entspannt zurücklehnen, betonte General a.D. Vollmer. Nach dem Krieg werde es sicherlich ein geschwächtes Russland geben. Auch die Sanktionen hätten gewirkt, besser sogar als man das in den Medien oft wahrnehme. Putin habe zudem neben dem initialen Einmarsch in die Ukraine noch einen weiteren Fehler begangen, führte General a.D. Vollmer weiter aus: die Teilmobilmachung. Damit habe er den Krieg in die Familien getragen. Bis dahin sei der Krieg in Russland mit einer gewissen Distanz betrachtet worden, aber die Tatsache, dass jetzt die Brüder, Väter und Onkel eingezogen werden, habe begonnen, der Bevölkerung die Augen zu öffnen. Russland werde zwar nach Kriegsende über lange Zeit wirtschaftliche Schwierigkeiten haben und Probleme, die zerstörten Fähigkeiten und Technologien wieder aufbauen zu können, weil sie vom Markt abgeschnitten seien, aber es werde trotzdem wieder aufrüsten, so General a.D. Vollmer. Entscheidend ist aus seiner Sicht jedoch die Frage des Zeitfensters: «Dieses Zeitfenster müssen wir auf unserer Seite nutzen und die getroffenen Entscheidungen auch umsetzen. Das braucht politischen Willen und muss von der Bevölkerung auch nach Kriegsende mitgetragen werden». Im Kern bleibe aber Russland als autokratisches System eine Gefahr, warnte General a.D. Vollmer. Man sollte sich daher auf keinen Fall dazu verleiten lassen, sich zurückzulehnen, denn Russland werde es wieder tun. Die entsprechende Verteidigungsfähigkeit müsse daher in Europa hergestellt werden.

Auch Claude-France Arnould stimmte zu, dass Russland auf Dauer hinaus eine Gefahr bleiben könnte, sowohl auf konventioneller als auch auf nuklearer Ebene. Sie warnte jedoch: «Man darf nicht den gleichen Fehler machen wie bei Afghanistan und sich nur auf eine einzige Gefahr beschränken. Die Bedrohung aus Russland muss zwar weiterhin berücksichtigt werden, aber in den nächsten zehn, zwanzig und dreissig Jahren werden noch viele weitere Bedrohungen auf uns zukommen, ganz zu schweigen von den Bedrohungen, die von Verbündeten wie den USA auf anderen, weiter entfernten Schauplätzen erwartet werden.» Die Verteidigungsfähigkeit müsse daher in allen Bereichen erhöht werden und die Planung müsse die Grundlage dafür bilden, fügte sie hinzu.

Welche Fähigkeiten braucht es für die Kriege von morgen?

Der Moderator griff anschliessend einen weiteren wichtigen Diskussionspunkt auf: die neuen Dimensionen von Kriegen - wie von KKdt Süssli treffend beschrieben - und die entsprechenden Anforderungen an die Verteidigungsfähigkeit. General a.D. Jörg Vollmer erläuterte, mit all den Panzern, Schiffen und Flugzeugen, von denen man in der NATO deutlich mehr habe als Russland, könnte man einen riesigen Wall um Europa bauen. Das Problem sei aber die Interoperabilität, sprich die sichere Kommunikation untereinander. Hinter dem Begriff «Multi-Domain-Operations» verberge sich eigentlich nichts anderes als das, was man schon immer gemacht habe, nämlich das Sicherstellen des

Zusammenwirkens der Fähigkeiten zu Lande, zu Luft und zur See sowie neu auch im Cyber- und Welt- raum; und dies nicht nur national, sondern vor allen Dingen auch multinational. Das Herstellen dieser Interoperabilität sei die grösste Herausforderung, speziell auf internationaler Ebene, betonte General a.D. Vollmer. Jedoch sei man diesbezüglich deutlich besser als die Russen. Man wisse, was man brauche, auch auf der Beschaffungsseite: Es brauche die Wissenschaft, die entsprechend die Dinge umsetze, die benötigt werden, und die Industrie, die alles schnell implementiere. Diesbezüglich lobte General a.D. Vollmer explizit die Idee der Schweiz, immer schrittweise einen Drittel des Bestandes zu erneuern.

Hans-Peter Kellerhals bestätigte in Bezug auf die Schweiz, dass die Interoperabilität zwischen Boden- Luft-Verteidigung und dem neuen Kampfflugzeug entscheidend sein werde. Es gebe aktuell auch einige weitere Projekte, mit denen die Interoperabilität ausgebaut werden soll. Zur Idee der staffelweisen Erneuerung des Bestandes um jeweils einen Drittel bemerkte Hans-Peter Kellerhals, dass diese wohl etwas aus der Not heraus geboren sei, weil grössere Schritte auf die Schnelle gar nicht möglich wären. Trotzdem mache sie durchaus Sinn. Der Erneuerungs-Rhythmus entspräche so auch in etwa der normalen Dienstzeit eines Soldaten, wodurch nicht immer neue Schulungen nötig werden würden. Anschliessend kehrte Hans-Peter Kellerhals zurück zur Frage der Ausrichtung der Armee. Diesbezüglich habe man sich tatsächlich nicht mehr auf die gefährlichste Variante ausgerichtet, sondern auf die wahrscheinlichste. Als Kommandant einer Panzerbrigade habe er wiederholt zu hören bekommen, dass es sie ja gar nicht brauche. Und als er Truppen für eine nationale Hochwasserkatastrophe aufstellen musste, seien da auch Panzersoldaten mit Gummistiefeln unterwegs gewesen. Die Armee könne schon auch für diese Tätigkeiten eingesetzt werden, nur sei der Fokus zu sehr auf diesen Einsatzgebieten gelegen und der Hauptauftrag der Streitkräfte sei vergessen gegangen. Er sei aber zuversichtlich, dass man jetzt auf dem richtigen Weg sei, so Hans-Peter Kellerhals. Man müsse sich jedoch auch bewusst sein, dass in der Schweiz auch wichtige europäische Infrastrukturen, z.B. für das Elektrizitäts- und Gas- netz und den Interbankenverkehr, liegen. Herr Kellerhals forderte daher, die Schweiz müsse die Ver- teidigung dieser kritischen Infrastrukturen stets im Auge behalten.

Fredy Müller erinnerte nochmals an die 3 Grundlagenberichten der Armee (Luftverteidigung, Bo- dentruppen, Gesamtkonzeption Cyber) und wollte von Werner Salzman wissen, ob die klare Bot- schaft dieser Berichte auch in der Politik angekommen sei. Ständerat Werner Salzman meinte la- chend, zumindest bei ihm sei dies der Fall. Man müsse aber beachten, dass die Variante, die z.B. beim Bericht über die Bodentruppen gewählt wurde, die bezahlbare Variante sei und nicht die, welche die beste Durchhaltefähigkeit garantieren würde. Bei den Kampfflugzeugen sei es dasselbe gewesen, kri- tisierte Ständerat Salzman: Eigentlich wären 72 Kampfflugzeuge als die beste Variante angesehen worden, man habe sich jedoch immer nur nach dem Geld gerichtet und das sei von der Armee einfach so hingenommen worden. Die Frage sollte stattdessen immer sein, wie der Verfassungsauftrag der Armee gewährleistet werden kann. Entsprechend forderte Werner Salzman, die Armee müsse klar sagen, was sie benötigt, um diesen Auftrag umzusetzen. Die Politik müsse dann die Verantwortung übernehmen und in anderen Bereichen Kürzungen vornehmen. Dies sei aber oft anders passiert. Daher sei er jetzt dankbar, betonte er, dass man in den Prozess fähigkeitsbasierter Rüstungsbeschaffung mit der drittelweisen Erneuerung übergehe. Entsprechend seien dann das Parlament und die sicherheits- politischen Kommissionen gefordert, über die Fähigkeiten zu sprechen, welche die Armee haben muss, und nicht über die Ausrüstung. Man müsse beginnen, bei Entscheidungen auch die Varianten in

Betracht zu ziehen, welche eine maximale Durchhaltefähigkeit garantieren, und nicht immer nur die günstigsten.



Angesprochen auf das jüngste Zitat des französischen Präsident Macron «l'armée est prête» wollte der Moderator von Claude-France Arnould wissen, ob sie diese Aussage teile? Die gegenwärtige Situation zeige, dass auch in Frankreich die Mittel weiter aufgestockt werden müssen, meinte Mme Arnould. In diesem Zusammenhang werde viel über Waffen- und Munitionsbestände gesprochen. Die zur Verfügung stehenden Mittel könnten aber auch verbessert werden, indem man nicht nur bei der Herstellung, sondern auch bei der Zertifizierung und den Tests neuer Munition zusammenarbeite. Das würde die Kosten senken, aber auch die Verfügbarkeit beschleunigen und die Interoperabilität verbessern. Infolgedessen sei Frankreich in einigen Bereichen vielleicht schon weiter, dies reiche aber nicht aus. Man sei sich bewusst, dass man zu einer "Kriegswirtschaft" übergehen müsse. In Frankreich spiele die Abschreckung eine wesentliche Rolle, bei den konventionellen Fähigkeiten hätten sie in den letzten Jahrzehnten jedoch ebenfalls viel in die operativen Fähigkeiten für Auslandseinsätze investiert. Nun müsse aber für alle Szenarien geplant werden, also auch für einen Krieg mit höheren Anforderungen.

Aufrüstung als Herausforderung für die europäische Rüstungsindustrie

Der Moderator nutzte das Votum von Arnould, um die grossen Herausforderungen der europäischen Rüstungsindustrie zu thematisieren. Er warf die Frage auf, ob die geplante Aufrüstung für die europäische Rüstungsindustrie umsetzbar sei, wenn man bedenkt, dass z.B. der Herstellungszeitraum für eine französische Caesar-Haubitze 12 bis 18 Monate beträgt. General a.D. Jörg Vollmer teilte diese Einschätzung: Auch in der Munitionsherstellung spreche man von sehr langen Zeiträumen. Es brauche jedoch auch gegengezeichnete Aufträge, damit die Wirtschaft beginne, die Rüstungsindustrie wieder aufzubauen. Ohne gesicherte Aufträge, werde niemand beginnen, Stahl zu bestellen und Personal einzustellen. Er hob hervor, dass es zwar so scheinen möge, dass die Aufträge da sind. Das Problem sei jedoch, dass diese Grundaufträge im politischen Prozess auch in konkrete Aufträge an Unternehmen übersetzt

werden müssten. Was auch helfen würde, erläuterte General a.D. Vollmer weiter, wäre eine Standardisierung in Europa. Es gebe allein in Europa dreissig bis vierzig verschiedene Versionen von Schützenpanzern. Man müsse sich aber auf eine bestimmte Version einigen und diese dann auch so umsetzen, forderte er. Natürlich könnten bei der Entwicklung von Projekten nationale Interessen berücksichtigt werden, aber an einem bestimmten Punkt brauche es einen Design Freeze und dann müsse das, worauf man sich geeinigt habe, umgesetzt werden.

Prof. Dr. Holger Mey bekräftigte das Votum von General a.D. Jörg Vollmer: «Es gibt drei gute Möglichkeiten, politisch Einfluss auf die Industrie zu nehmen: Erstens Aufträge vergeben, zweitens Aufträge vergeben, drittens Aufträge vergeben». Leider sei dies lange Zeit nicht gegeben gewesen und entsprechend habe sich auch die Industrie angepasst. Die geforderte Umstellung gehe nun natürlich nicht so schnell, zumal die Industrie auch mit einer starken amerikanischen Konkurrenz zu kämpfen habe. Prof. Mey erläuterte, dass die amerikanische Seite drei- bis viermal mehr für Forschung und Entwicklung ausgeben würde als das gesamte NATO-Europa zusammen. Die U.S. Streitkräfte würden ihr die Produkte dann in einer gewaltigen Stückzahl abkaufen und in einer abgespeckten Version würden die Produkte in den Export gedrückt, teilweise in Verbindung mit Sicherheitsgarantien. «Dagegen kommt die europäische Rüstungsindustrie nicht an – ausser man will es! Es bedarf politischen Willens!» Das Beispiel von Airbus im zivilen Flugzeugmarkt zeige, dass es möglich sei: In den 1960er-Jahren habe niemand geglaubt, dass Airbus jemals auf dem zivilen Flugzeugmarkt gegen Boeing werde antreten können und jetzt sei man auf Augenhöhe.

Hans-Peter Kellerhals betonte, dass man auch Sorge tragen müsse, dass das Potenzial in Forschung und Entwicklung in der Schweiz vorhanden bleibt, weil man sonst immer hintenanstehen werde. Aktuell müsse man schauen, dass die RUAG weiterhin so stark bleibe, dass sie den Unterhalt der Systeme der Schweizer Armee sicherstellen kann. Deshalb sei es so wichtig, dass man Investitionen tätigt und gewährleistet, dass die Industrie überleben kann. Gleichzeitig müsse man auch Sorge tragen, dass man in der Schweiz immer über genügend grosse Lagerbestände verfüge. Man sei zwar in der bevorzugten Situation, dass man auf dem europäischen Markt und dem Weltmarkt Grosssysteme beschaffen könne, die breit eingeführt seien, aber man könne solche Systeme nicht mehr selbst entwickeln. Am Boden gebe es jedoch noch Dinge, bei denen die Herstellungsfähigkeiten in der Schweiz noch vorhanden seien und dies auch bleiben müssen.

Fredy Müller griff nochmals das Thema der europäischen Rüstungszusammenarbeit auf und konfrontierte General a.D. Jörg Vollmer mit der Feststellung, dass aktuelle politische Unstimmigkeiten - insbesondere zwischen Frankreich und Deutschland - zentrale europäische Rüstungsprojekte wie das neue Kampfflugzeug FCAS, den Kampfpanzer MGCS oder das European Sky Shield behindern und verzögern. General a.D. Jörg Vollmer bemerkte, man dürfe nie ausser Acht lassen, dass hinter solchen Projekten auch immer nationale Interessen stünden; sowohl bezüglich der Umsetzung und Herstellung als auch bezüglich der Rechte an Projekten. Das führe zu Diskussionen zwischen den beteiligten Nationen und zu schwierigen Fragen wie der Aufteilung der Arbeitsplätze. Auch der Export könne ein Hindernis sein, da alle Länder verschiedene Regeln haben. Es könne also sein, dass bestimmte Komponenten verschiedenen Exportregelungen unterstünden.

Claude-France Arnould zeigte sich auf Nachfrage des Moderators dennoch überzeugt, dass man diese Probleme lösen könne. Natürlich würden solche Projekte durch nationale Interessen erschwert, aber es müssten politische Wege gefunden werden, um diese Differenzen zu überwinden. Aus diesem Grund sei beispielsweise die Europäische Verteidigungsagentur als zwischenstaatliche Agentur

innerhalb der Europäischen Union und unter der Aufsicht der Verteidigungsminister geschaffen worden. Sie ermögliche die Durchführung von Projekten in allen Etappen: Festlegung des Bedarfs und der Spezifikationen, Durchführung des Programms, Zusammenarbeit bei damit zusammenhängenden Aspekten wie der Zertifizierung, der Ausbildung, der Wartung etc. Zwei Staaten würden schon ausreichen, um ein Programm durchzuführen. Die Zusammenarbeit sei immer schwierig, bemerkte Claude-France Arnould, aber es bedürfe konkreter Anreize, insbesondere finanzieller Art und daran arbeite Brüssel momentan.

Zusammenarbeit der Schweizer Armee mit der NATO

Abschliessend kam Fredy Müller auf die Einsatzfähigkeit der Schweizer Armee zurück. Ein Thema sei dabei auch die mangelnde Einsatzerfahrung der Schweizer Armee, weil sie nicht in NATO-Übungen eingebunden ist. Auf die Frage, ob die Schweiz wie Österreich an NATO-Übungen teilnehmen könnte, bemerkte Ständerat Werner Salzmännli jedoch, dass er die Schweiz weder politisch noch militärisch mit Österreich vergleichen wolle. Es sei klar, dass die Schweiz ihr Territorium verteidige und somit auch keine Flankenangriffe auf NATO-Staaten zulasse. Die Neutralität, die man in der Schweiz seit über 200 Jahren habe, basiere aber primär nicht nur auf dem Neutralitätsrecht, sondern auch auf der Glaubwürdigkeit der Politik, die man betreibe. Er fragte rhetorisch, was Nicht-NATO-Mitglieder denken würden, wenn die Schweiz Truppen an eine NATO-Übung schicken würde. Ständerat Salzmännli unterstrich, er habe kein Problem mit den Schweizer Aktionen im Rahmen der NATO «Partnership for Peace», aber alle weiteren Schritte müsse man sich genau überlegen, denn: «Die Neutralität muss man nur einmal zerstören und dann ist sie weg». Er fügte an, er fände es jetzt - während des Ukraine-Kriegs - den falschen Moment, um die Frage der Neutralität aufzubrechen. Man müsse zuerst einmal Abstand gewinnen, dann könne man eine gute Lagebeurteilung machen und darüber sprechen. Zuvor müsse die Schweiz aber ihre Hausaufgaben machen und die Verteidigungsfähigkeit der Armee herstellen. Anschliessend könne man darüber diskutieren, ob man mit den eigenen Mitteln fähig wäre, an gemeinsamen Übungen teilzunehmen.

Hans-Peter Kellerhals stimmte zu, dass es in diesem Zusammenhang wichtig sei, einen pragmatischen Ansatz zu wählen. Er sei mehrmals in Deutschland und Österreich an bilateralen Übungen und Ausbildungsvorhaben gewesen, welche einen Beitrag zur technischen Interoperabilität und dem gegenseitigen Verständnis leisten. Auch wenn die Teilnahme an NATO-Übungen zurzeit kein Thema für die Schweiz sei, sollte man zum Nutzen der eigenen Truppen trotzdem im Ausland mit einzelnen Partnern üben. In der Schweiz habe man z.B. keine genügend grossen Übungsplätze, um bestimmte Aufgaben aus dem Spektrum Verteidigung vernünftig zu trainieren.

Der Moderator drehte anschliessend den Spieß um und fragte General a.D. Vollmer und Prof. Dr. Mey nach ihren sicherheitspolitischen Erwartungen an die Schweiz. Prof. Dr. Mey griff erneut das Bonmot auf, dass die Schweiz von Freunden umzingelt sei. Mit diesen Freunden kooperiere man ja schon in vielen anderen Bereichen, man müsste also als Gesamtes die Kooperation suchen. Je mehr sich die Schweiz einbringe, desto mehr werde sie auch selbst davon profitieren, zeigte er sich überzeugt, auch wenn diese Einbindung natürlich nicht für alle Bereiche gelte: Niemand erwarte mechanische Grossverbände der Schweiz, aber generell wäre es seiner Meinung nach gut für die Schweiz dabei zu sein. General a.D. Vollmer bemerkte, dass ein pragmatischer Wissensaustausch schon jetzt stattfinde, z.B. bei der Ausbildung und dem Austausch von Offizieren sowie in NATO-Stäben. Es gebe aber offene Fragen, z.B. in Bezug auf den Transit. Auch im Bereich der integrierten Verteidigung könne man die Schweiz nicht ausklammern, eben so wenig in Bezug auf die Cyberabwehr.

Schlüsselwort «Resilienz»

Abschliessend sprach Fredy Müller die Diskussionsteilnehmer auf die Frage der Resilienz an: «Wie kann man der Bevölkerung erklären, dass jetzt neue Zeiten anbrechen?», fragte er. Hans-Peter Kellerhals bemerkte, dass dies seiner Meinung nach in der Schweiz gar nicht so schlecht gelinge, weil der Staat bisher auch nicht bereit gewesen sei, den Bürger für jeden Wohlstandsverlust zu entschädigen. Man müsse den Bürger darauf hinweisen, dass Wohlstandsverluste zum Leben dazugehören. Das sei eine schwierige Aufgabe, gestand er ein, aber das werde wohl eine Aufgabe der Politik und der Medien sein. Ständerat Werner Salzmännli forderte, man müsse sich auf die wirklich wichtigen Sachen konzentrieren: die Sicherheitspolitik, die Unabhängigkeit im Energiebereich, die Ernährungssicherheit, die Medikamentenversorgung und die Pflichtlagerhaltung von Treibstoffen, Saatgut etc. Diese Unabhängigkeit für eine bestimmte Zeit beibehalten zu können, koste sehr viel Geld. Er forderte daher, dass man den Bürgerinnen und Bürgern beibringen müsse, dass jetzt Investitionen nötig seien, wenn man nicht in eine Krise reinschlittern wolle, welche sie dann wirklich trifft.

Prof. Dr. Holger Mey bemerkte, es gebe kein Patentrezept punkto Resilienz, trotzdem sei diese wirklich entscheidend. Er betonte, es sei wichtig, dass aufgrund von Einsicht und Erkenntnis politisch gehandelt werde und man nicht immer erst aufgrund von Ereignissen reagiere, wie es beispielsweise bei Corona der Fall gewesen sei. General a.D. Jörg Vollmer zeigte sich zwar optimistisch in Bezug auf die Resilienz der Bevölkerung, unterstrich aber, dass man sie tatsächlich wieder aufbauen müsse. Man müsse schauen, dass man auch als Land diese Widerstandsfähigkeit wieder erzeugen kann und die Abhängigkeiten vom Ausland reduziere. Wenn man in diesem Zusammenhang die Dinge offen anspricht und erklärt, dann würden auch die Menschen entsprechend mitziehen, zeigte er sich überzeugt.

Claude-France Arnould bemerkte abschliessend, dass die junge Generation mit Bedrohungen durch viele Katastrophen konfrontiert sei. Es brauche die physische und moralische Bewaffnung, aber auch die erwähnte Autonomie, was teuer und nicht einfach zu erreichen sein werde. Das ganze System müsse sich also anpassen. Sie betonte jedoch, dass die junge Generation die Resilienz dafür mitbringe: «Sie ist bereit für eine bessere Welt zu kämpfen und ist sich den Herausforderungen, vor denen die Welt steht, bewusst und Willens diese anzugehen. Es braucht daher aber auch den Diskurs mit der jungen Generation, denn sie sind die zukünftigen Soldaten und Treiber der Wirtschaft und Ihres Übergangs». Mit diesem Schlusswort beendete Fredy Müller die Diskussion und lud das Publikum zum anschliessenden Apéro riche ein.

